

## **Christen unter totalitärer Herrschaft. Ein wissenschaftliches Seminar präsentiert neue Einblicke**

**Stefan P- Teppert**

Zwischen dem 16. und 20. November 2019 trafen sich am Collegium Orientale in Eichstätt ukrainische und deutsche Historiker. Sie befassten sich in Vorträgen, Diskussionen und Workshops mit den Fragen, wie der sowjetische Kommunismus vor und nach dem Zweiten Weltkrieg mit Christen in der Ukraine und Polen verfuhr und welche Auseinandersetzungen ihre Unterdrückung im alltäglichen Leben in den Gemeinden hervorrief. Der Großteil der Teilnehmer bestand aus Lemberger Doktoranden bzw. Postdocs der dortigen Hochschule – es hatten sich also Fachleute, Nachwuchswissenschaftler und Multiplikatoren versammelt. Neben der wissenschaftlichen Arbeit stand auch eine Führung durch Eichstätt und das Collegium Orientale, die Teilnahme an der Göttlichen Liturgie und ein Besuch des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände in Nürnberg auf dem Programm. Das Seminar wurde ausgerichtet vom Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa (Tübingen), vom Institut für Kirchengeschichte der Ukrainischen Katholischen Universität (Lviv), vom Lehrstuhl für Mittlere und Neue Kirchengeschichte der Theologischen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt/Ingolstadt sowie vom Collegium Orientale in Eichstätt. Gefördert wurde die Veranstaltung vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie vom AMK-Fonds beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

Zur Einführung stellte *Prof. Dr. Rainer Bendel* das 1958 in Königstein gegründete, heute unter seinem Vorsitz in Tübingen ansässige Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa (IKKDOS) mit seinen ehrenamtlichen Mitarbeitern, seinem Arbeitsprogramm sowie seinen Publikationsorganen und bisherigen Leistungen vor. Das Institut mit seinem im Namen steckenden Forschungs- und Vermittlungsprogramm arbeitet interdisziplinär und international eng mit Partnern in Polen, Tschechien, Österreich, Ungarn, Slowenien, der Slowakei oder der Ukraine zusammen. Primäre Zielsetzung ist die gemeinsame Pflege einer „reflektierten und zukunftsfähigen Erinnerungskultur“ als Voraussetzung der Friedensarbeit in einem christlich vereinten Europa. Eine auch nur annähernd vergleichbare Einrichtung gibt es in der bundesrepublikanischen Wissenschaftslandschaft nicht. Jährliche wissenschaftliche Arbeitstagungen und über mehrere Jahre sich erstreckende Forschungs- und Arbeitsprojekte sind eine Basis der Institutsarbeit. Bendel steckte die Fragestellung der Tagung ab, indem er zunächst die Merkmale totalitärer Herrschaft umriss, um dann nach den Strategien und Strukturen der Kirche zu fragen bei ihrem widerständigen Bestreben, sich Freiräume, Gegenwelten und Rückzugsmöglichkeiten zu schaffen. Wie die Situation ex post, auch unter Berücksichtigung schuldhaften Verhaltens kirchlicherseits, zu bewerten, wie mit alten Wunden und Sensibilitäten umzugehen ist und ob aus der Geschichte mit pastoralen und therapeutischen Konsequenzen gelernt oder sensibilisiert werden kann, waren Fragen, die Bendels hermeneutischen Musterzirkel schlossen.

*Prof. Dr. Oleh Turiy* aus Lviv (Lemberg) rückte das Zeugnis der ukrainischen griechisch-katholischen Märtyrer und Bekenner des 20. Jahrhunderts ins Zentrum seiner Betrachtung und erläuterte die theologischen Perspektiven. Insgesamt erlitten in der Ukraine 17 Millionen Menschen einen gewaltsamen Tod. Für die Märtyrer und Bekenner unter ihnen sei die Kirche

Stütze gewesen, das Mysterium der Erlösung, das zur Nachfolge Christi motivierte. Glaube, Hoffnung und Liebe waren die Angelpunkte ihrer Furchtlosigkeit, ihrer unbedingten Pflichterfüllung, ihrer Verantwortungs- und Aufopferungsbereitschaft, die es ermöglichten, mitten in den Schrecken des kommunistischen Terrors bleibende Zeugnisse abzulegen. Neben einer strengen Befolgung der Klosterregeln zeichneten sich die Mönche durch Liebe zu Gott und den Menschen, Bescheidenheit, Buße, Gebet, Güte und Armut aus, so benutzten sie etwa ein Stück Blech als symbolischen Ersatz für konfiszierte Messgeräte. Der Mut offenbare die Glaubentiefe eines Menschen, so Turij, denn vollkommene Liebe vertreibe nach Johannes die Furcht. Auch körperlich schwache Menschen hätten deshalb Erstaunliches vollbracht. Und gerade diejenigen, die am meisten Le

id ertragen mussten, hätten die Täter am wenigsten verurteilt, seien bereit zum Gespräch geblieben. Vieles an der Untergrundkirche im Totalitarismus erinnere stark an die Christenverfolgungen in der Antike.

Thema von *PD Dr. Andriy Mykhaleyko* aus Eichstätt war die „Deutsche Kirchenpolitik in Deutschland und im Osten während des Zweiten Weltkrieges 1939 – 1945“. Zwischen den beiden Totalitarismen, dem nationalsozialistischen und dem bolschewistischen, gebe es viele gemeinsame Merkmale, im Kern der Absolutheitsanspruch, der keine Konkurrenz duldet. Zunächst beleuchtete Mykhaleyko die unvereinbare weltanschauliche Feindschaft zwischen Nazi-Ideologie und Christentum, weshalb der Hitler-Vertraute Martin Bormann am 7. Juni 1941 in einem Geheimerlass an alle Gauleiter bestimmte, dass der Einfluss der Kirchen in Deutschland endgültig gebrochen werden müsse. Die NS-Kirchenpolitik sei ein integraler Bestandteil ihrer Nationalitätenpolitik, so Mykhaleyko, aber mit Alfred Rosenberg und Erich Koch als Reichkommissaren der Ukraine uneinheitlich gewesen. Die NS-Kirchenpolitik im Generalgouvernement bezeichnete er als Feld konkurrierender politischer Interessen, schwankend zwischen Liberalisierung und Repression, zwischen Pragmatismus mit Förderung der Kirchen und ihrer Instrumentalisierung oder Isolierung. Im Reichskommissariat Ukraine behandelten die Nazis die Kirche einerseits als potenzielle antibolschewistische Kraft, für die auch Geld als Loyalität schaffendes Propagandamittel eingesetzt wurde, auf der anderen als zu unterdrückende Gefahr. Diese abwechselnde, konzeptlos wirkende Politik mache die unterschiedlich hohe Bereitschaft bei den Kirchen zur Kooperation verständlich.

*Dr. Iryna Brychuk*, die bei Prof. em. Dr. Konstantin Maier in Eichstätt promoviert hat, befasste sich mit Verhaftungen und Prozessen gegen die griechisch-katholische Hierarchie am Beispiel des Falles von Petro Werhun, der 1890 in Galizien geboren wurde und ab 1927 Seelsorger für die ukrainischen Katholiken in Berlin war. Werhun bemühte sich um den Dialog zwischen Ost- und Westkirche und sehnte ihre Wiedervereinigung herbei. Von der Gestapo wurde er überwacht und sollte ausgewiesen werden. Von der Roten Armee wurde er 1945 verschleppt und wegen angeblicher Kollaboration mit den Nazis zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Auch nach seiner Entlassung aus der Haft wurde er in Sibirien festgehalten und starb 1957 an den Folgen der Zwangsarbeit. 2001 wurde er von Papst Johannes Paul II. in Lemberg zusammen mit 26 weiteren ukrainischen Märtyrern selig gesprochen. Die Doktorandin umriss die gegenwärtige politische Lage in der Ukraine, die bei schwacher demokratischer Tradition von manipulativen Oligarchen und dem russischen Einfluss kompliziert werde und zu unklaren Perspektiven führe. Viele Waffen befänden sich in den Händen der Bürger, die Justiz sei nicht reformiert, das Regime stark korrupt, die Parteien stellten lediglich Wahlvereine dar, es herrsche Bürgerkriegsgefahr. Für ihre Universität habe sich aber bislang nichts geändert. In Deutschland neige man zum Abbau einschlägiger Studiengänge, wenn aber eine Krise kommt, bemerke man wieder den Bedarf. Ihrem historischen Thema zugewandt, fragte Brychuk, ob es den Priestern nicht bewusst war, dass sie sich als Kollaborateure des Regimes gegen ihre eigenen Gläubigen und Gemeinden wandten. Ihr dubioses Verhalten sei nach

außen hin ins Positive gewendet und als große Sache im Dienste des sowjetischen Staates dargestellt worden.

„Katholische Gemeinden im Schwarzmeergebiet: Zwischen totalitärer Erfahrung und pragmatischer Praxis“ war das Thema von *Prof. Dr. Katrin Boeckh* aus Regensburg. Sie stützte ihre Erkenntnisse auf Berichte und Briefe aus der Sowjetunion, die über den Alltag der Katholiken in dörflichen Gemeinden im Schwarzmeergebiet und an der Wolga berichten (nach einer Volkszählung von 1938 gab es 1,8 Millionen Russlanddeutsche), eine Geschichte von unten, die Relevanz auch für die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihren Deportationen gewinnen werde. Da die im Vatikanischen Geheimarchiv verwahrten Akten bisher nur bis 1939 zugänglich sind, wird man die Geschichte dieser Periode mit der Öffnung weiterer Jahrgänge neu schreiben müssen. Nach der Oktoberrevolution seien nach einem Dekret des Allrussischen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare vom 8. April 1929 die Hierarchien der Kirchen zerstört, Geistliche aller Konfessionen verhaftet und in mehreren Wellen von Prozessen von den 1920er bis in die 1940er Jahren angeblich wegen Spionage, Diversionen- und Terrorakten, konterrevolutionärer Tätigkeit, Kontakten mit dem Ausland sowie anti-sowjetischer Propaganda verurteilt, verbannt und interniert worden. Weil in Stalins Verfassung von 1936/37 Religions- und Gewissensfreiheit garantiert war, wandten sich viele katholische Gemeinden an die Moskauer Regierung, machten aber dadurch ihr Los nur schwerer. Das Regime versuchte, systemloyale Kandidaten zu installieren. Die Kirchen wurden profaniert, mit Ausnahme zunächst derjenigen von Saratow, von der mit Hilfe des Auswärtigen Amtes und deutscher Hilfsorganisationen überhöhte Zahlungen geleistet wurden, bis auch sie 1936 wegen Geldmangels schließen musste. Nach Haftentlassung wurden die Geistlichen konsequent daran gehindert, in ihre alten Gemeinden zurückzukehren. Die Möglichkeit zur Ausreise nutzten zwar protestantische Geistliche, von katholischen dagegen gibt es keine Gesuche, denn selbst auf dem Höhepunkt des stalinistischen Terrors 1936/37 gebot der Vatikan seinen Geistlichen, auch unter Lebensgefahr bei ihren Schafen auszuharren. Trotz abschreckender Verhaftungen von Bischöfen, Priestern und aktiven Laien engagierten diese sich trotzdem an geheimen Orten weiter religiös in ihren Gemeinden und gaben das Wissen an ihre Kinder weiter. Sie gaben Beispiele und zeigten Mechanismen religiösen Überlebens in religionsfeindlicher Umgebung.

*Prof. Dr. Bohdan Prach* aus Lviv schilderte das Schicksal der griechisch-katholischen Kirche und ihrer Gläubigen im kommunistischen Polen. Nach einer sowjetisch-polnischen Vereinbarung wurde 1944 ein großer Teil der ethnisch ukrainischen Gebiete jenseits des Flusses Sian Teil des wiederbelebten polnischen Staates, der nunmehr fest unter sowjetischer Kontrolle stand. Die meisten ukrainischen Einwohner dieses Landes gehörten der griechisch-katholischen Kirche, genauer gesagt der Eparchie von Przemyśl und der apostolischen Verwaltung von Lemkivshchyna an. Im Gegensatz zur Sowjetunion und einigen anderen kommunistischen Ländern wurde die griechisch-katholische Kirche in Polen nie offiziell liquidiert oder mit der Orthodoxie „wiedervereinigt“. Ihr Schicksal wurde jedoch von der Politik der polnischen Regierung gegenüber der ukrainischen Minderheit bestimmt. 1944 begann ein „Bevölkerungsaustausch“ zwischen Polen und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der bald gewalttätige Formen annahm. In den Jahren 1944 – 1946 wurden 480.000 Ukrainer in die UdSSR umgesiedelt, darunter ein großer Teil der Geistlichen, die ihren Gläubigen folgten. 1946 wurden die beiden ukrainischen Bischöfe in Przemyśl festgenommen und in die Sowjetunion deportiert, und 1947 wurde während der Operation Vistula die verbleibende ukrainische Bevölkerung von 140.000 gewaltsam aus Deutschland in die westlichen und nördlichen Gebiete umgesiedelt. Das führte zu einer vollständigen Zerstörung der griechisch-katholischen Kirchenstrukturen, obwohl sie kanonisch noch unter der Gerichtsbarkeit des polnischen Primas existierten. Von den Priestern wurden einige verhaftet und die übrigen gezwungen, im lateinischen Ritus zu dienen. Nur eine griechisch-katholische Pastoralstation, die weder von der polnischen katholischen Kirche noch von den Behörden anerkannt war, existierte in den

neuen ukrainischen Siedlungen, bis 1956 der Entstalinisierungsprozess in Polen einsetzte. Ab diesem Zeitpunkt entstanden mehr griechisch-katholische Seelsorgestationen im Westen und Norden Polens (jedoch nicht in den ehemaligen ukrainischen Gebieten im Südosten). 1967 ernannte der polnische Primas einen Generalvikar für die Griechisch-Katholiken, obwohl die vollständige Hierarchie für die Griechisch-Katholiken in Polen erst 1989 wiederhergestellt wurde.

*Roman Skakun* aus Lviv präsentierte seine Erkenntnisse aus den Archiven des ukrainischen Sicherheitsdienstes über dessen Agenten als Instrument der Regierungskontrolle über die russisch-orthodoxe Kirche in der Ukraine von 1939 bis Anfang der 1960er Jahre. In den Jahren 1939 – 1941 wurden die Überreste des Moskauer Patriarchats, die während des Großen Terrors fast vollständig zerstört worden waren, vom NKWD durch seine Bischofsagenten instrumentalisiert, um die Kontrolle über das lebendige kirchliche Leben in den neu eroberten Gebieten der westlichen Ukraine zu erlangen. Von 1942 bis 1943 sanktionierte der Kreml die Wiederbelebung der russisch-orthodoxen Kirche als autoritäres Gebilde, das von den NKWD-NKGB-Agenten in Schlüsselpositionen streng von oben kontrolliert wurde. Von dieser Zeit an waren 85 bis 100 Prozent der orthodoxen Bischöfe in der Sowjetukraine Agenten der Sicherheitsdienste. Zu ihren Aufgaben gehörte in den Jahren 1943 – 1956 die Zusammenarbeit bei der Säuberung der Kirche von verschiedenen antisowjetischen, nationalistischen und autokephalistischen Elementen und bei der Zerstörung der griechisch-katholischen Kirche sowie verschiedener unterirdischer Formen des religiösen Lebens. Einige dieser Bischöfe waren auch in außenpolitischen Bemühungen der Sowjetunion in der orthodoxen Welt und bei der Überwachung ausländischer religiöser Delegationen beschäftigt. In der Zeit Chruschtschows wurden die Agenten der Kirchenleitung zunehmend eingesetzt, um den Einfluss der Kirche auf die Gesellschaft zu untergraben und die Schließung von Pfarreien, Klöstern und Seminaren vorzubereiten und zu erleichtern. Die von den Sicherheitsdiensten geförderten Agenten setzten sich aus verschiedenen Arten von Personen zusammen, von respektierten Klerikern alter Schule, die sich für Kollaboration nur ungern hergaben, bis hin zu völlig ergebenen „roten Bischöfen“ und solchen, die ihre Büros mit geradezu schurkischer Unmoral zur persönlichen Bereicherung ausbeuteten.

Die Ausführungen von *Svitlana Hurkina* aus Lviv sollten die Überlebensstrategien des hohen griechisch-katholischen Klerus unter dem totalitären Regime der Sowjetunion nach der Verhaftung des Metropoliten Josyf Slipyi und der Bischöfe sowie die Anfänge der Errichtung seiner Kirche in den Katakomben 1944 bis 1953 zeigen. Dies war auch eine Zeit, in der ihre Kirche auf der offiziellen staatlichen Ebene als „wieder vereint“ mit dem Moskauer Patriarchat der russisch-orthodoxen Kirche erklärt wurde. Hurkina legte den Schwerpunkt auf die Wahlen und Aktivitäten von kanonischen und Generalvikaren der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (Ukrainian Greek Catholic Church, UGCC) nach 1945. Am Ende gab sie einen allgemeinen Überblick über zwei weitere Überlebensstrategien: erstens die Versuche der verfolgten Kirche zu Aufrechterhaltung der Außenkontakte, insbesondere mit dem Papst von Rom, und zweitens die Positionen und Beweggründe des Verhaltens des griechisch-katholischen Klerus in Zeiten der sowjetischen Verfolgung.

*Dr. Volodymyr Moroz*, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Kirchengeschichte der Ukrainisch-Katholischen Universität in Lviv, nahm die Erfahrungen des ukrainischen Mönchtums mit dem sowjetischen totalitären Systems in den Blick und zeigte sie am Beispiel des Basilianerordens in der Region Transkarpatien 1945 bis 1960. Moroz untersucht die Verhaltensmodelle der Mönche unter den Bedingungen des totalitären sowjetischen Staates mit besonderem Augenmerk auf die Analyse von Quellen des basilianischen Ordens und beschreibt so das Schicksal von Mönchen, die verhaftet, deportiert, getötet wurden oder überlebt haben. Nur ein einziger Mönch dieses Ordens sei als sowjetischer Propagandist der Kirche abtrünnig geworden. Nur ein weiterer Mönch sei zur russisch-orthodoxen Kirche konvertiert,

aber später zur griechisch-katholischen Kirche zurückgekehrt. Dennoch schlossen sich alle anderen Basilianermönche in der ukrainischen Region Transkarpatien der griechisch-katholischen Katakombenkirche an. Sie widmeten ihr Leben dem Dienst an Gott sowohl in der Ukraine als auch in Sibirien, Kasachstan und Zentralasien. Mehrere Mönche entgingen den sowjetischen Repressionen durch Auswanderung in den Westen. Moroz analysierte Archivalien und unveröffentlichte Werke von P. Hlib Kynakh, P. Pavlo Madiar, P. Meletiy Malynych und anderen basilianischen Autoren, die sich einer Beschreibung der sowjetischen Repressionen in den Jahren 1945 bis 1960 gewidmet hatten, und achtete besonders darauf, dokumentierte Memoiren über sowjetische totalitäre Repressionen gegen die Kirche aus dem Archiv des Instituts für Kirchengeschichte heranzuziehen.

*Roman Harandzha* aus Lviv bezeichnete Arbeitslager und Exil als die „zwei Hände“ desselben Regimes: als Hauptmethoden zur Bestrafung griechisch-katholischer Priester. Die sowjetische Besetzung der Westukraine habe zu einer zunehmenden Verfolgung der griechisch-katholischen Kirche und ihrer anschließenden Zerstörung geführt. Die Ideologie des Sowjetregimes ließ keinen Platz für religiöse Konfessionen, die außerhalb der Kontrolle der Regierung lagen, und die mit Rom verbundene griechisch-katholische Kirche war zu unbequem, um ihre Existenz zuzulassen. Im Jahr 1946 wurde sie formell aufgelöst, und ihre Geistlichkeit war schweren Repressionen ausgesetzt. Viele Priester wurden in Arbeitslager oder ins Exil geschickt. Die überwiegende Mehrheit derer, die sich nicht dem kommunistischen Regime beugten, litt unter einer dieser Strafmaßnahmen, die die Priester an den Rand des Untergangs brachten. Beide Methoden seien Ausdruck der Grausamkeit und Unmenschlichkeit des Regimes gewesen. Trotz des Drucks und des Missbrauchs seien es jedoch oft die Priester gewesen, die in den Arbeitslagern oder im Exil einen Funken der Liebe Gottes in das Chaos des täglichen Lebens brachten, der zum Überleben beitrug, nicht allein für sie selbst, sondern auch für ihre Angehörigen und alle, die ihn empfangen.

*Taras Bublyk* aus Lviv berichtete über die Teilnahme von griechisch-katholischen Laien an der Legalisierungsbewegung des UGCC. Ein Teil des Klerus und der Gläubigen erkannte die Auflösung des UGCC im Pseudorat von Lemberg im Jahr 1946 nie an. Sie setzten ihre Aktivitäten trotz Repressionen und Verboten fort. Das Thema der UGCC-Legalisierung in der UdSSR war über vier Jahrzehnte lang aktuell. In den späten 80er Jahren war es jedoch am günstigsten, den Kampf um die Wiederbelebung der Kirche zu intensivieren. Zu dieser Zeit konzentrierte sich die Legalisierungsbewegung aufgrund der aktiven Teilnahme religiöser und politischer Menschenrechtsaktivisten (Joseph Terelya und Ivan Gel) auf die Menschenrechtsorganisation „Komitee zum Schutz der ukrainischen katholischen Kirche“. Mit den neuen Formen und Methoden des Kampfes gegen das Regime, der aktiven Zusammenarbeit mit den unterirdischen Bischöfen und Priestern und der Mobilisierung eines Großteils der Bevölkerung der Westukraine zum Schutz der Rechte des UGCC gelang es dem Ausschuss, sein Ziel zu erreichen. Am 20. November 1989 wurde nämlich die Erklärung des Rates für religiöse Angelegenheiten im Ministerrat der UkSSR proklamiert, wonach die griechischen Katholiken ihre Gemeinden registrieren konnten. Die vielfältigen von Bublyk genutzten Archivmaterialien repräsentieren die Position verschiedener Ebenen der Sowjetmacht in Bezug auf die UGCC-Legalisierung und die Beteiligung der Laien an diesen Prozessen. Trotz zahlreicher Quellen bietet dieses Thema ein großes Potenzial für die Erforschung und eingehende Untersuchung der Prozesse, die in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren im UGCC stattgefunden haben.

Zusammenfassend ergaben am Ende der Tagung die beiden Workshops zum Thema Christen wichtige Impulse zur Herausbildung des kirchlichen Untergrunds, zu Formen der Resistenz, zur Gestaltung des religiösen Lebens unter den Bedingungen der Verfolgung. Sie behandelten an konkreten Beispielen grundlegende Fragen nach dem Ob und Wie der Publikation solcher Erkenntnisse, die aus den Arbeiten mit den Quellen und Erinnerungen gewonnen werden. Sie

zeigten, wie wichtig es ist, auch die Ambivalenz manchen Verhaltens aufzuzeigen. Paradoxe-  
weise konnte nämlich ein Priester Eifer zugleich als Agent und als Seelsorger entfalten. De-  
tailliert wurden Quellen vorgestellt und ausgewertet zur Situationsbeschreibung in den unter-  
schiedlichen Formen von Lagern und zur Beschreibung der Methoden von Drangsalierung für  
die Geistlichen, die nicht zur Orthodoxie konvertieren wollten. In den 80er Jahren zeigte sich  
zunehmend der Konnex von religiösen und politischen Fragen und auch Veranstaltungen:  
Gottesdienste wurden gefeiert und im Anschluss Kundgebungen mit der Formulierung politi-  
scher Forderungen veranstaltet. Auf diese Weise wurden beim Ringen um die rechte Form der  
Widersetzlichkeit oder des Widerstandes auch grundlegende Tugenden für zivilgesellschaftli-  
ches Verhalten eingeübt und praktiziert. Erinnerung ist ein kontinuierlicher Prozess, dem man  
sich je neu stellen muss, war eine zentrale Feststellung; daher tauchten in der Reflexion der  
Tagungsergebnisse immer wieder Fragen nach den Perspektiven der Weiterarbeit auf, auch  
danach, wie die Forschungserträge breiteren Kreisen, Multiplikatoren und der Öffentlichkeit  
bekannt gemacht werden können.